

Antrag 48/I/2021

Unterbezirk Dahme-Spreewald, Ortsverein Königs Wusterhausen

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Einheitliches Krisenmanagement in Berlin und Brandenburg

1 Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte
2 Landesregierung werden aufgefordert, ein einheitli-
3 ches Krisenmanagement in Berlin und Brandenburg
4 künftig sicherzustellen.

5

6 **Begründung**

7 Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig ein ein-
8 heitliches Krisenmanagement ist. Insbesondere fällt
9 auf, dass die beiden Länder Berlin und Branden-
10 burg keine einheitlichen Maßnahmen gestaltet ha-
11 ben, was zu kommunikativen und realen Missstän-
12 den geführt hat. Zum Beispiel blieben in Branden-
13 burg die Fahrradläden eine Zeit lang geschlossen,
14 in Berlin waren diese jedoch geöffnet. Das führ-
15 te dazu, dass die Brandenburger*innen ihre Fahrrä-
16 der in Berlin kauften. Das führte zu weiteren Pend-
17 lerbewegungen, die insbesondere bei der Eindäm-
18 mung des Pandemiegeschehens zweckwidrig er-
19 scheinen. Solche Beispiele könnten für viele weitere
20 Berufs- und Alltagssituationen aufgezeigt werden.
21 Die unterschiedlichen Maßnahmen im Rahmen der
22 Umgangsverordnungen irritieren die Bürger*innen
23 Brandenburgs und Berlins, da sie nicht einheitlich
24 gestaltet und kommuniziert werden. Berufs-, Schul-
25 und Alltagspendler*innen müssen zwei Verordnun-
26 gen beachten, die zudem kontinuierlich aktualisiert
27 werden.